

Trotz Widerspruch und Kritik von allen Seiten hält die Bundesregierung stur an ihren „Reformplänen“ fest. Die Gesundheitsreform soll mit aller Macht durchgedrückt werden, trotz verheerenden Wirkungen für die gesetzlich Versicherten. Das Gesetz zur Rente mit 67 wird in den nächsten Wochen folgen — wider besseres Wissens und trotz Massenarbeitslosigkeit gerade bei älteren Arbeitnehmern.

Warum wir weitermachen müssen!

Die Unternehmenssteuer wird um ca. 10 Mrd. Euro abgesenkt. Obwohl im gleichen Atemzug Arbeitnehmer durch Mehrwertsteuererhöhung und Kürzungen bei Eigenheimzulage und Pendlerpauschale um 30 Mrd. Euro belastet werden. Die CDU will weitere Einschränkungen beim Kündigungsschutz und betriebliche Bündnisse durchsetzen. Stoiber und die CSU setzen noch einen oben drauf und wollen den völligen Entfall des Kündigungsschutzes für über 55jährige Arbeitnehmer. Und so weiter, und so weiter...!

Voller Kurs auf Sozialabbau also! Wen interessiert es da, was die Bevölkerung will? Wen stört es, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander klafft? Wen kümmert es, dass der soziale Schutz für Kranke, Rentner und Arbeitslose auf der Strecke beileben. Hauptsache die Große Koalition hält — und die Wirtschaftsvertreter jubeln.

Für uns gilt weiter:
 Das geht besser! Das muss besser werden!

So geht es weiter!

Die Proteste von Arbeitnehmern und Arbeitnehmern haben erste Wirkungstreffer erzielt. Nicht anders sind die Versuche von Politikern zu deuten, mit vermeintlich populären Forderungen vom massenhaften Unmut über den Kurs der Großen Koalition abzulenken. Die hinterhältige Forderung nach längerem Arbeitslosengeldbezug für Ältere — auf Kosten anderer Arbeitsloser versteht sich, die absurde Debatte um Investivlöhne und die Heuchelei einiger Politiker, wenn sie Gewerkschaften zu kräftigen Lohnforderungen aufrufen, sollen nur das eigentliche Problem überdecken: die verfehlte Steuer- und Sozialpolitik der Bundesregierung. Das alles ist scheinheilig und verlogen, zeigt aber auch, dass unsere Demonstrationen am 21. Oktober Eindruck hinterlassen haben.

Dabei darf es jedoch nicht bleiben! Denn noch ist Schwarz/Rot von keinem der unsozialen Reformvorhaben abgerückt oder hat an entscheidender Stelle nachgebessert. Deshalb müssen wir auch in den kommenden Monaten weiter auf allen Ebenen Druck machen, um die Politik zum Einlenken zu zwingen. Der DGB Bayern und die bayerischen Gewerkschaften haben

zu diesem Zweck einen gemeinsamen Aktionsplan beschlossen, in dem festgelegt ist, wie die Proteste und Aktionen auf bayerischer Ebene fortgesetzt werden sollen.

Betriebliche Aktionswoche

Höhepunkt der Aktivitäten wird eine betriebliche Aktionswoche vom 29. Januar bis zum 2. Februar 2007 sein. Wir wollen in dieser Woche unseren Protest gegen die soziale Kahl-schlagspolitik der schwarz/roten Koalition regionalisieren und dorthin tragen, wo diese Politik bestellt wurde — zu den Unternehmern und Wirtschaftsverbänden. Dies soll mit unterschiedlichen Aktionen in und vor den Betrieben geschehen.

Betriebs- und Personalrätekonferenz

Im Vorfeld der Aktionswoche wird eine bayernweite Konferenz für Betriebs- und Personalräte sowie Jugendvertreter (22.01.07) stattfinden, bei der es um die Zukunft der Sozialen Sicherungssysteme gehen wird und bei der die Frage erörtert wird, wie ein gesetzlicher Mindestlohn dem sich rasant ausbreitenden Niedriglohnbereich entgegenwirken kann.

Neben der betrieblichen Ebene werden wir aber auch die politischen Entscheidungsträger,

Bundestagsabgeordnete, Landtagsabgeordnete und Kommunalpolitiker nicht außen vor lassen. Sie werden von uns direkt vor Ort, in ihren Wahlkreisen mit den Folgen ihrer Politik konfrontiert. Sie müssen unmittelbar spüren, was wir, „ihre“ Wähler davon halten.

Politikerfragebogen

Wir erarbeiten derzeit einen Fragebogen, der an alle bayerischen Bundestagsabgeordneten von CSU und SPD verschickt wird. Darin müssen sie Farbe bekennen: Wir wollen von ihnen genau wissen, wie sie z.B. zur Gesundheitsreform stehen, ob sie für die Anhebung des Rentenalters auf 67 sind und ob sie den Kündigungsschutz einschränken wollen. Wir werden die Ergebnisse der Befragung im Internet und vor Ort für jeden einzelnen Abgeordneten veröffentlichen — damit wir und die gesamte Bevölkerung sie an ihren Antworten messen können. Keiner soll sich künftig herausreden können!

Kommunale Aktion

Auf die Vertreter der bayerischen Städte, Gemeinden und Landkreise werden wir im Januar zugehen und mit ihnen die konkreten Auswirkungen des geplanten Sozialabbaus auf bayerische Städte und Gemeinden diskutieren. Denn sie stehen letztendlich in Mitverantwortung für die Folgen der Politik, die in Berlin und München gemacht wird.

Im März wird eine **Konferenz der ehrenamtlichen DGB-Vertreter** aus allen Regionen Bayerns stattfinden, bei der weitere Aktionen auf kommunaler und regionaler Ebene über die Aktionswoche hinaus entwickelt werden sollen.

Natürlich begleiten wir alle Aktivitäten wie gewohnt mit unserer Streitzeit und werden Euch Material und Informationen zur Verfügung stellen.

